

II - 8160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4021/J

1992 -12- 18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Bartenstein
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend politische Einflußnahme auf die Organe der Austrian
Energy & Environment durch politische Repräsentanten der Stadt
Wien

Nach mehrjährigen Bemühungen konnte am 1. Juli 1992 die Fusion der beiden österreichischen Anlagenbauer auf dem Energie- und Umweltsektor vollzogen werden. Aus der SGP-VA Energie- und Umwelttechnik GmbH und der Waagner-Biró Energy & Environment GmbH wurde die Austria Energy & Environment SGP/Waagner-Biró GmbH. Die Grundlage für ein konkurrenzfähiges Unternehmen auf dem Sektor Energie und Umwelt mit mehr als 75 % Exportanteil war damit geschaffen. Eine Umsatzerwartung von 5 Milliarden Schilling ist mittelfristig geplant. Die Möglichkeit, Synergien aus der Zusammenführung der beiden Unternehmen zu nützen, ist nun wesentliche Vorstandsaufgabe. Am 26. November 1992 beschloß daher der Aufsichtsrat des neuen Unternehmens die Produktionskapazitäten der beiden Fertigungsstandorte Wien und Graz neu zu strukturieren. Die Druckteilmfertigung soll in Graz konzentriert werden und die Turbinenfertigung und Dienstleistungskapazitäten sollen in einem Offensivszenario in Wien weitergeführt werden. Dieser Beschluß gründete auf den grundlegenden Studien des neuen Vorstandes mit Unterstützung eines externen ausländischen Beraters auf Basis einer erforderlichen Marktstrategie für die nächsten fünf Jahre. Faktoren dieser Marktstrategie waren u. a. die weltweiten Marktveränderungen, der Rückgang der Konjunktur, die Öffnung der Reformländer mit Billigpreisangeboten und der lokale Fertigungsanteil im Export.

Unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Aufsichtsrat wurde das neue Konzept, das bereits für 1993 betriebswirtschaftlich

- 2 -

dringend notwendig ist, ohne jede gesetzliche Grundlage politisch in Frage gestellt. Spitzenrepräsentanten und Spitzengremien der Bundeshauptstadt drohten nämlich unterschiftsreife Aufträge für Konzernunternehmen der Austrian Industries anderweitig zu vergeben, sollte das vom Aufsichtsrat beschlossene Konzept für die Austrian Energy & Environment umgesetzt werden. Weiters wurden und werden kurzfristig für die nächsten Jahre an die A E&E vergebbare Aufträge - lebenswichtige Bestandteile der neu strukturierten A E&E - ständig in Frage gestellt, sodaß das neue Unternehmen seinen Marktanteil im Inland nicht halten kann. Diese politischen Pressionen sollen dazu führen, daß der rechtsgültige Aufsichtsratsbeschluß vom 26. 11. 1992 ausgesetzt und abgeändert wird, obwohl dringender Handlungsbedarf für den Vorstand gegeben ist. Selbstverständlich wollen und werden die politischen Repräsentanten der Bundeshauptstadt, die diese Pressionen ausüben, keinerlei Verantwortung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Austrian Energy & Environment übernehmen. Diese bleibt weiterhin bei Vorstand und Aufsichtsrat, die jedoch aufgrund dieser politischen Einflußnahme betriebswirtschaftlich und strategisch nicht richtig handeln können. Dies ist innerhalb weniger Tage das zweite Beispiel, daß vor allem seitens des Wiener Vizebürgermeisters Mayr massiv Druck auf Unternehmensorgane der Austrian Industries ausgeübt wird, Entscheidungen zu treffen, die betriebswirtschaftlich von den zuständigen Organen abgelehnt werden, um politischen Forderungen der Wiener SPÖ nachzukommen. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Wie stehen Sie als Eigentümerversorger zum Beschluß des Aufsichtsrates der Austrian Energy & Environment vom 26.11.1992?

- 3 -

2. Halten Sie als Eigentümerversreter eine Abänderung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 26.11.1992 aufgrund der politischen Pressionen von politischen Organen der Stadt Wien im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens für zweckmäßig?
3. Wenn nein, was werden Sie unternehmen, um die Beibehaltung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 26.11.1992 sicherzustellen?
4. Wie stehen Sie grundsätzlich als Eigentümerversreter der Austrian Industries zu politischen Einflußnahmen auf die Organe der Unternehmen der AI, wie sie in der Begründung dargestellt wurden?
5. Werden Sie in Ihrer Verantwortung als Eigentümerversreter der Austrian Industries und als Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die zuständigen Repräsentanten der Gemeinde Wien Einfluß nehmen, daß in Zukunft politische Pressionen wie im Zusammenhang mit der Errichtung des ÖMV-Hochhauses und den in der Begründung dargestellten Vorgängen unterbleiben?
6. Wenn nein, warum nicht?